



HALLE ★ *Die Stadt*

Informationsvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **III/2003/03289**
Datum: 06.05.2003
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser:

Beratungsfolge	Termin	Status
Beigeordnetenkonferenz	29.04.2003	öffentlich Kenntnisnahme
Sozial- und Gesundheitsausschuss	06.05.2003	öffentlich Kenntnisnahme
Ausschuss f. Planungs- u. Umweltangelegenheiten (Planungsausschuss)	13.05.2003	öffentlich Kenntnisnahme
Stadtrat	28.05.2003	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Bericht zur Lokalen Agenda 2002

Beschlussvorschlag:

Der Bericht zur Lokalen Agenda 2002 wird gem. Beschluss-Nr. 98/I-38/A-350 dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Begründung:

Mit diesem Bericht wird der Verpflichtung gemäß Beschluss Nr.: 98/I-38/A-350 nachgekommen, **Sachstandsberichte** zur Lokalen Agenda in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Die Lokale Agenda im Sinne der Rio Deklaration zielt auf einen möglichst breiten gesellschaftlichen Dialog und Bewusstseinsbildung im Sinne der Ziele von nachhaltiger Stadtentwicklung ab.

Dieser Dialog ist angeschoben und in Halle bisher in Gang gehalten worden. Er wird vor allem vom Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale), dem Agenda 21 Büro Halle und von der Stadtverwaltung getragen. Es zeigt sich allerdings bei dieser Bilanz wie schwierig es ist, Bürgerinnen und Bürger für solch dauerhafte Prozesse zu begeistern und zur Mitarbeit zu bewegen.

Im **Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale)** vereinen sich zahlreiche Bürgerinitiativen, Vereine, Institutionen und Interessengruppen, welche seit Jahren die Ideen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgen.

Mit über 70 Partnern aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Ämtern werden in sieben thematischen Arbeitskreisen konstruktiv, kontinuierlich und bereits langjährig zusammen gearbeitet. Die Ziele des Gesunde Städte-Projektes entsprechen denen des Lokale Agenda 21 Prozesses. Das Thema Gesundheit, verstanden als ganzheitlicher Ansatz, ist ebenso natürlicher Bestandteil des Agendeprozesses wie Nachhaltigkeitsdenken in anderen Bereichen.

Damit sind die Projekte des Gesunde Städte-Netzwerkes integriert in den Agendaprozess in der Stadt Halle (Saale)

Das **Agenda Büro Halle** ist anerkannter Teil des Agenda 21 Prozesses. Insbesondere die geleistete Öffentlichkeitsarbeit ist unverzichtbar um immer mehr Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Es zeichnet sich nach fünf erfolgreichen Jahren der Arbeit im Agenda Büro ab, dass eine verbindliche Einbindung in den Agendaprozess erreicht werden muss.

Die Rolle der **Stadtverwaltung** wird immer deutlicher erkennbar. Auf Initiative der Stadtverwaltung wurde insbesondere mit Einführung der Kinderfreundlichkeitsprüfung, der Gestaltung und dem Verlauf des Stadtumbaus sowie der Arbeit im Umweltbereich die zunehmende Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung sichtbar. Die Bevölkerung wird dabei immer wieder gezielt, sachbezogen und frühzeitig in die jeweils anstehenden Verfahren und Entscheidungen einbezogen. Es werden neue Wege der Partizipation der Bevölkerung gegangen – z.B. Planspiel Innenstadt.

Weitere zahlreiche Aktivitäten auf dem Weg der Stadt Halle (Saale) im Prozess der lokalen Agenda, werden mit diesem Bericht dokumentiert.

Wichtiges Anliegen neben der Berichterstattung ist vor allem die Feststellung, dass die dargestellten Aktivitäten in der Stadtverwaltung **gemeinsam beraten, abgestimmt und auch gemeinsam durchgeführt** werden im Interesse einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Durch den Aufbau einer integrierten kommunalen Sozial-, Gesundheits- und Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung soll eine nachhaltige Stadtentwicklung transparent gemacht werden. Ein zu entwickelndes Nachhaltigkeitsindikatorensystem soll Faktoren für Zukunftsbeständigkeit herausarbeiten und dadurch Stadtpolitik als lokalen Agenda 21-Prozess kontrollierbar machen.

Es muss jedoch auch deutlich gesagt werden, dass es in Halle bisher nicht gelungen ist die ganze Breite der Agenda Themen zu aktivieren. Nach wie vor sind Themen und Potenziale wie **Wirtschaft und Arbeit**, im Agendaprozess unterrepräsentiert.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass für eine nachhaltige Stadtentwicklung auch zukünftig der lokale Agendaprozess sinnvoll ist.

Nach und nach wird die Lokale Agenda immer breiter inhaltlich und methodisch mitgetragen, der Prozess wird von immer mehr Vertreter von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ernst genommen. Wichtig ist es, dass dauerhaft im Sinne der Leitziele von Rio 1992 gehandelt wird.

Kurzfassung

Mit diesem Bericht wird der Verpflichtung gemäß Beschluss Nr.: 98/I-38/A-350 nachgekommen, **Sachstandsberichte** zur Lokalen Agenda in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Die Lokale Agenda im Sinne der Rio Deklaration zielt auf einen möglichst breiten gesellschaftlichen Dialog und Bewusstseinsbildung im Sinne der Ziele von nachhaltiger Stadtentwicklung ab.

Dieser Dialog ist angeschoben und in Halle bisher in Gang gehalten worden. Er wird vor allem vom Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale), dem Agenda 21 Büro Halle und von der Stadtverwaltung getragen. Es zeigt sich allerdings bei dieser Bilanz wie schwierig es ist, Bürgerinnen und Bürger für solch dauerhafte Prozesse zu begeistern und zur Mitarbeit zu bewegen.

Im **Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale)** vereinen sich zahlreiche Bürgerinitiativen, Vereine, Institutionen und Interessengruppen, welche seit Jahren die Ideen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgen.

Mit über 70 Partnern aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Ämtern werden in sieben thematischen Arbeitskreisen konstruktiv, kontinuierlich und bereits langjährig zusammen gearbeitet. Die Ziele des Gesunde Städte-Projektes entsprechen denen des Lokale Agenda 21 Prozesses. Das Thema Gesundheit, verstanden als ganzheitlicher Ansatz, ist ebenso natürlicher Bestandteil des Agendeprozesses wie Nachhaltigkeitsdenken in anderen Bereichen.

Damit sind die Projekte des Gesunde Städte-Netzwerkes integriert in den Agendaprozess in der Stadt Halle (Saale)

Das **Agenda Büro Halle** ist anerkannter Teil des Agenda 21 Prozesses. Insbesondere die geleistete Öffentlichkeitsarbeit ist unverzichtbar um immer mehr Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Es zeichnet sich nach fünf erfolgreichen Jahren der Arbeit im Agenda Büro ab, dass eine verbindliche Einbindung in den Agendaprozess erreicht werden muss.

Die Rolle der **Stadtverwaltung** wird immer deutlicher erkennbar. Auf Initiative der Stadtverwaltung wurde insbesondere mit Einführung der Kinderfreundlichkeitsprüfung, der Gestaltung und dem Verlauf des Stadtumbaus sowie der Arbeit im Umweltbereich die zunehmende Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung sichtbar. Die Bevölkerung wird dabei immer wieder gezielt, sachbezogen und frühzeitig in die jeweils anstehenden Verfahren und Entscheidungen einbezogen. Es werden neue Wege der Partizipation der Bevölkerung gegangen – z.B. Planspiel Innenstadt.

Weitere zahlreiche Aktivitäten auf dem Weg der Stadt Halle (Saale) im Prozess der lokalen Agenda, werden mit diesem Bericht dokumentiert.

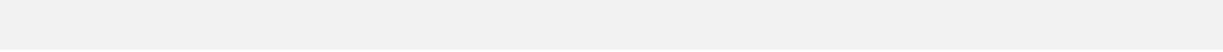
Wichtiges Anliegen neben der Berichterstattung ist vor allem die Feststellung, dass die dargestellten Aktivitäten in der Stadtverwaltung **gemeinsam beraten, abgestimmt und auch gemeinsam durchgeführt** werden im Interesse einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Durch den Aufbau einer integrierten kommunalen Sozial-, Gesundheits- und Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung soll eine nachhaltige Stadtentwicklung transparent gemacht werden. Ein zu entwickelndes Nachhaltigkeitsindikatorensystem soll Faktoren für Zukunftsbeständigkeit herausarbeiten und dadurch Stadtpolitik als lokale Agenda 21-Prozess kontrollierbar machen.

Es muss jedoch auch deutlich gesagt werden, dass es in Halle bisher nicht gelungen ist die ganze Breite der Agenda Themen zu aktivieren. Nach wie vor sind Themen und Potenziale wie **Wirtschaft und Arbeit**, im Agendaprozess unterrepräsentiert.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass für eine nachhaltige Stadtentwicklung auch zukünftig der lokale Agendaprozess sinnvoll ist.

Nach und nach wird die Lokale Agenda immer breiter inhaltlich und methodisch mitgetragen, der Prozess wird von immer mehr Vertretern von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ernst genommen. Wichtig ist es, dass dauerhaft im Sinne der Leitziele von Rio 1992 gehandelt wird.



Agenda 21 heißt: was ist zu tun im 21. Jahrhundert

Die **Agenda 21** wurde 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 179 Staaten verabschiedet. Sie ist ein **globaler Aktionsplan gegen die wachsenden Probleme dieser Erde**, die alle betreffen. Das Ziel der Agenda 21 ist es, das Leben heute so zu gestalten, dass Frauen und Männer sowie die Generationen von morgen, im Norden und im Süden eine intakte Umwelt vorfinden und ihre Grundbedürfnisse sichern können.

Der Agenda 21-Prozess beruht auf folgenden Grundsätzen:

- jede und jeder kann jederzeit mitmachen,
- vernetztes Denken und fachübergreifendes Handeln werden gefördert,
- alle können voneinander lernen, denn jede und jeder ist Expertin /Experte für den eigenen Erfahrungshorizont

Der Agenda 21-Prozess ist damit ein langfristig angelegter Prozess, an dem sich alle interessierten Menschen beteiligen können.

Somit umfasst, heruntergebrochen auf die örtliche Ebene der **lokale Agenda 21-Prozess** vier Bausteine, um möglichst viele Menschen mit ihren Stärken und Fähigkeiten für die Ziele der Agenda 21 zu gewinnen:

1. Stadtweiter Dialog als Instrument zur Entwicklung von Visionen, Handlungszielen und konkreten Maßnahmen als Basis einer gemeinsamen Verständigung
2. Öffentlichkeitsarbeit zur Motivation, Bewusstseinsbildung und Verhaltensänderung
3. Projekte als Beispiel für realisierte Visionen und
4. Umsetzung von konkreten Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit innerhalb und außerhalb der Verwaltung

Lokale Agenda 21 ist ein lokales Aktionsprogramm für die Gestaltung des Lebens in den Städten im 21. Jahrhundert, um die globalen Ziele der Rio-Deklaration zu erreichen.

Die Lokale Agenda 21 hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen nachhaltigen Lebensstil in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft in den Städten zu fördern. Zum Mitmachen sind neben Politik und Verwaltung, vor allem Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgerufen. Konkrete Handlungsprogramme sollen aufgestellt werden um das Leben in der Stadt lebenswerter zu machen. Es ist daher falsch, die Lokale Agenda 21 nur auf Umweltthemen zu reduzieren.

Agenda 21 und Gesundheit oder „Gesundheit für (H)alle“

Im Kapitel 6 der Rio-Deklaration wird die menschliche Gesundheit behandelt. Sie ist ein zentraler Grundwert an sich. Fünf Schwerpunkte zum Thema Gesundheit werden genannt:

- Primäre Gesundheitsvorsorge
- Kontrolle übertragbarer Krankheiten
- Schutz empfindlicher Gruppen
- Gesundheitsprobleme der Städte
- Reduzierung der umweltbezogenen Gesundheitsrisiken

Die Bürgerinnen und Bürger im Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale)

Nach der Aufnahme der Stadt Halle 1992 in das **Gesunde Städte-Netzwerk** (internationales WHO - Projekt Healthy Cities) der Bundesrepublik Deutschland und die Bestätigung der Konzeption des Gesunden Städte-Projektes durch den Gesundheits- und Sozialausschuss, fanden sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammen. Es bildeten sich vielfältige Arbeitskreise zur Umsetzung des Gedankens einer gesunden und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die Ziele des Gesunde Städte-Projektes entsprechen denen des Lokale Agenda 21 Prozesses. Das Thema Gesundheit, verstanden als ganzheitlicher Ansatz, ist ebenso natürlicher Bestandteil des Agendeprozesses wie Nachhaltigkeitsdenken in anderen Bereichen.

Damit sind die Projekte des Gesunde Städte-Netzwerkes integriert in den Agendaprozess in der Stadt Halle (Saale).

Hierauf aufbauend steht im Vordergrund die Zusammenarbeit vor allem der Politik-Sektoren "Gesundheit/Soziales" sowie „Umwelt“ und "Stadtentwicklung".

Im Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) vereinen sich zahlreiche Bürgerinitiativen, Vereine, Institutionen und Interessengruppen, welche seit Jahren die Ideen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgen.

Gesundheit ist wertvolle Lebensgrundlage in der Kommune. Eine intersektorale vorbeugende Gesundheitspolitik, die über das Gesundheitswesen hinaus auf Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Arbeits-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik Einfluss nimmt, ist der Ansatz der Lokalen Agenda 21. Gesundheit ist in hohem Maße abhängig von Entscheidungen und Planungen in diesen Politikfeldern.

Deshalb ist die kommunale Gesundheitsförderung eine Gemeinschaftsaufgabe.

Agenda 21-Büro Halle

Der Stadtrat hat sich durch Beschluss (Nr. 98/I-38/A-350) im Januar 1998 zu seiner Verantwortung, einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 21 in der Stadt Halle (Saale) zu leisten, bekannt.

Um den Agenda 21-Prozess im Sinne des Ratsbeschlusses umzusetzen wurde Mitte des Jahres 1998 das „Agenda 21 Büro“ eingerichtet.

Eine bisher sinnvolle Umsetzung eines Agenda Grundsatzes, nämlich Menschen durch Arbeit zu integrieren, gelang in dem drei Mitarbeiter durch die Arbeitsverwaltung, den Förderfond Chemie und die Stadt Halle getragen werden.

Im Juni 2002 musste die HAL der bisherige Träger der Maßnahme Insolvenz anmelden. Um zu vermeiden, dass die Mitarbeiter ihre Tätigkeit dadurch einstellen mussten, erfolgte in Abstimmung mit dem Arbeitsamt und dem Landesamt für Arbeitsschutz des Landes Sachsen-Anhalt ein Trägerwechsel von der HAL an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale).

Es muss perspektivisch eine verbindliche Einbindung und Kooperation mit der Verwaltung erreicht werden.

Das Agenda Büro Halle ist anerkannter Teil des Agenda 21 Prozesses. Es ist eine Säule neben der Stadtverwaltung, dem Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) und anderen Trägern in der Stadt Halle (Saale). Die bisher durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geleistete Arbeit ist für diesen Prozess auch weiterhin notwendig.

Ein Ziel der Tätigkeit des Büros Halle war es im Jahr 2002, bestehende Initiativen durch praktische Öffentlichkeitsarbeit wirksam zu unterstützen und weitere BürgerInnen dazu anzuregen, sich aktiv für ihren Stadtteil zu engagieren. Ebenso erfolgte die Beteiligung an zahlreichen Aktionen mit verschiedenen Kooperationspartnern.

Jährliche **Agenda Reporte** (Sachstandsbericht - siehe Anlage: Agenda Report 2001/2002) und ein aufgelegtes Informationsblatt (Agenda-News) informieren Fraktionen, Verwaltung und die Öffentlichkeit über die Aktivitäten des Büros und der Projekte.

Stadtverwaltung

Die Verwaltung erkennt Ihre Aufgabe in der breiten Umsetzung der allgemeinen Ziele der Lokalen Agenda 21. Die Bevölkerung wird immer wieder gezielt und sachbezogen in die jeweils anstehenden Verfahren und Entscheidungen einbezogen.

Die Fachbereiche Umwelt sowie Stadtentwicklung und –planung können die übertragenen Pflichtaufgaben verantwortlich nur im Rahmen eines Agendeprozesses erfüllen.

Gleiches gilt auch für die Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie, Soziales und Gesundheit. Die gesamte Stadtverwaltung ist gefordert – leider ist, die Einbindung bisher nicht in gewünschtem und notwendigem Umfang gelungen

Die Stadt muss alle Projekte, Investitionen und Aufgaben auf ihre Beständigkeit in der Zukunft prüfen d.h. auf Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit.

Nicht der Zwang zur Haushaltskonsolidierung ist dabei Blickrichtung und Ansatz der strategischen Herausforderungen, sondern die Konsolidierung der Stadtfinanzen ist das oberste Gebot für Zukunftsfähigkeit in unserer Stadt.

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Verkehr (GB II)

Aktivitäten unter Federführung des Fachbereiches Stadtentwicklung und –planung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung:

Stadtumbau Ost

- beginnend 1998/1999 mit Vorarbeiten für ein **gesamtstädtisches Entwicklungskonzept Wohnen** (Beschluss im Stadtrat 2001) als Grundlage für die Erarbeitung von **Stadtteilkonzepten** eingeleitet mit den Neuordnungskonzepten der Stadtteile Silberhöhe und Neustadt (Neuordnungskonzepte - Beschluss im Stadtrat 2001)

- Beteiligung am Bundeswettbewerb „Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ 2002, unterstützt durch ein entsprechendes Förderprogramm werden mit den Neuordnungskonzepten die **neuen Strategien für die nachhaltige Stadtentwicklung** definiert. Der Gesamtprozess findet, aufbauend auf den umfangreichen Untersuchungen im engen Dialog mit allen Beteiligten, wie insbesondere den Wohnungsunternehmen, der Stadt selbst, den Versorgungsträgern und vor allem den Bürgern statt. Vorrang haben dabei die problematischen Stadtteile wie Silberhöhe und Neustadt.

1. Am Standort Silberhöhe in Verbindung mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“

- Umsetzung des Konzeptes „Soziale Stadt“ unter dem Leitbild Waldstadt Silberhöhe hat begonnen
- Ein Gebietsmanagement begleitet die Maßnahmen und Veränderungen im Stadtteil
- Kinderbeteiligungsprojekte „Stadtumbau nur mit uns“ sind erfolgreich abgeschlossen worden
- ein Gestaltungswettbewerb für den WK V wurde realisiert
- werden Wohnumfeldgestaltungsmaßnahmen umgesetzt (Nord-Süd-Grünzug, „Lungerpunkte“, Spielflächen und gestaltete offene Schulhöfe)
- ein soziales Erwerbsprojekt „Kiezkneipe“ steht kurz vor der Eröffnung
- wird das neue Gesundheitszentrum Silberhöhe seiner Bestimmung

- übergeben
- begannen 2001 die Erneuerungsarbeiten am nördlichen Zentrum
- arbeitet vor Ort das Stadtteilbüro Silberhöhe
- die erste Stadtteilzeitung erschien im Dezember 2002.

2. URBAN 21 Halle Neustadt

- Auf der Basis einer genehmigten Förderung sind **im Stadtteil Neustadt** bereits viele Maßnahmen in Angriff genommen worden:
- das Stadtteilbüro nahm seine Arbeit auf mit Unterstützung des Quartiersmanagements und des Fachbereiches 61
- Gestaltung von Freianlagen „Am Treff“, „Am Gastronom“, Planungsvorbereitungen für die Neugestaltung der „Neustädter Passage“, offene Schulhöfe
- Straßenbahnausbau wird in diesem Jahr abgeschlossen: Grüne Magistrale
- Errichtung einer mobilen Freizeiteinrichtung am Bruchsee
- Vorbereitung der Sanierung des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ mit Jugendlichen und ihren Eltern
- Planungsvorbereitungen zur Aufwertung eines Frischemarktes
- Bürgerbeteiligung an der Planung mit Hilfe eines Bürgergutachtens
- eine Stadtteilzeitung erscheint, eine weitere Ausgabe ist geplant 2003.

3. Am Altindustriestandort Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt

- wurde bereits 2000 der Thüringer Bahnhof als öffentliche Parkanlage umgestaltet
- ein Begegnungszentrum für deutsche und ausländische Familien seiner Bestimmung übergeben
- ein neues Domizil im Gebäude der alten Kaffeefabrik für die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ errichtet
- ein kommunaler Handwerkerhof fertiggestellt (2000)
- der Ausbau der Thüringer Straße zur Raffineriestraße 2001 realisiert
- durch Ansiedlung von Unternehmen Arbeitsplätze geschaffen
- weitere Projekte, wie die Einrichtung eines Stadtteilbüros, Gestaltung von Freiflächen (Grüne Höfe), weitere Aufwertung von Straßen und Plätzen sind in Arbeit.

4. Zur nachhaltigen Verbesserung der Wohnqualität gehört selbstverständlich auch die Vorbereitung der Maßnahmen zur Rekonstruktion und Neuanlage von Grünflächen, Freiraumgestaltung und konzeptionelle Aufbereitung der Ausgleichsflächenbilanz und andere Projekte:

- Erholungskonzeption - mit der Entwurfsplanung wurde begonnen
- Entwicklung eines Pilotprojektes Grüne Höfe
- Renaturierung und Sanierung Reideniederung
- Gestaltungskonzept Heide Süd „Grünes Dreieck“, Park Weinbergwiesen
- Entwurfsplanung Renaturierung des Hechtgrabens

- Projekt **Stadt am Fluss** – Konzepterstellung. Dabei wurden Schwerpunktbereiche für Fahrgastschifffahrt, Boottourismus, eine Marina definiert und thematische Stadtrundgänge zum Thema entwickelt. Darauf aufbauend wurden detaillierte Standortvorschläge für öffentliche und private Anlegestege mit Rastplätzen an der Saale und Vorschläge zur Verbesserung für Umtragungsmöglichkeiten an den Schleusen erarbeitet und dafür entsprechend Kostenschätzungen gemacht. Gemeinsam mit interessierten Anliegern, Gastronomen und Gewerbetreibenden sollen für eine kurzfristige Umsetzung 5 - 6 Standorte vorbereitet werden.

Das Projekt **Gartenträume** entstand mit besonderer Unterstützung des Wirtschaftsministeriums.

Hierbei sollen 40 der bedeutendsten und schönsten historischen Parkanlagen Sachsen-Anhalts wiederentdeckt, schrittweise wiederhergestellt und dem sanften Tourismus erschlossen werden. 2006 werden die Gartenträume touristisches Schwerpunktthema sein.

Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich mit 4 Anlagen an diesem Netzwerk:

- Reichardtsgarten
- Amtsgarten
- Botanischer Garten
- Solbad Wittekind

Zur Zeit werden für diese Anlagen denkmalpflegerische Zielstellungen erarbeitet, ab Ende 2003 soll mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden.

5. Verkehrsplanung

Die Verkehrsplanung weiß sich grundsätzlich der Nachhaltigkeit sowie einer stadt-, umwelt- und sozial verträglichen Planung verpflichtet. In diesem Sinne wurde vom Stadtrat 1997 das **Verkehrspolitische Leitbild** beschlossen, welches die übergeordneten Ziele der Verkehrsplanung in Halle festschreibt. Im Sommer 2002 wurde das Leitbild in einer Veranstaltung (Planerwerkstatt Denkfabrik) unter breiter fachlicher Beteiligung inhaltlich diskutiert und anschließend bestätigt. In einigen Punkten wird es jedoch im Jahr 2003 überarbeitet werden, da die Einflüsse des Stadtumbaus Berücksichtigung finden müssen.

In die Planung eingehen werden auch die Ergebnisse des „Systems repräsentativer Verkehrserhebungen (SrV)“, an dem sich die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2003 beteiligt. Nach 1998 liegen dann erstmals wieder aktuelle Daten zum Mobilitätsverhalten der Einwohner vor.

Die Priorität in der Verkehrsplanung liegt zurzeit auf der planerischen Begleitung der baulichen Umgestaltung von zentralen Verkehrsknoten und der Fertigstellung der durchgehenden Schienenverbindung Halle-Neustadt - Hauptbahnhof. Hierdurch werden sich voraussichtlich wesentliche Verbesserungen im Verkehrsablauf und eine Senkung der Unfallzahlen erreichen lassen.

Die Potentiale für eine erhöhte Akzeptanz des durch Streckenverlängerungen aufgewerteten ÖPNV-Angebotes sind hoch. In den vergangenen Jahren sind die Verluste im Beförderungsaufkommen der HAVAG deutlich hinter den Bevölkerungsverlusten zurückgeblieben. Dies weist auf eine mögliche Erhöhung des ÖPNV-Anteils am gesamten modal split (Verkehrsmittelnutzung nach Prozenten) hin.

Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten Kraftfahrzeuge gesunken und manche einst hoch belastete Straße verzeichnet bereits einen Rückgang des Verkehrsaufkommens. Die Verkehrsprognosen konnten vor diesem Hintergrund nach unten korrigiert werden. Der Bau einiger bereits seit langem projektierte Verkehrsanlagen könnte damit überflüssig werden.

Die Ausprägung aller bekannten Indikatoren für eine Messung nachhaltiger Entwicklung im Verkehrsbereich (z.B. Schadstoff-Emissionen, Verkehrslärm, Flächenverbrauch, Kraftfahrzeugbesitz, ÖPNV-Nutzung) wird jedoch in Halle stets von den Auswirkungen des dramatischen Einwohnerrückgangs und der Stadtschrumpfung überlagert. Daher muss immer eine differenzierte Betrachtung der ursächlichen Zusammenhänge erfolgen.

Auch die Haushaltslage setzt der Verwirklichung mancher wünschenswerter Konzepte Grenzen. So wurde zum Beispiel im Sommer 2002 gemeinsam mit Bürgern, Verbandsvertretern und Fachleuten ein Maßnahmenkatalog zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs erstellt, dessen Umsetzung nur sukzessive erfolgen kann.

Die Auswirkungen des Stadtbbaus auf die Chancen zur Förderung nachhaltiger Mobilität und Verkehrsentwicklung insgesamt im Sinne der Agenda 21-Ziele sind noch nicht absehbar und wenig erforscht. Die räumlichen Bedingungen in der Stadt sind nur noch sehr kurze Zeit konstant. Eine der Ursachen liegt darin, dass die Einwohner Halles ihre Mobilitätsentscheidungen der sich stellenweise rapide verändernden Stadt und den sich ändernden persönlichen Lebensbedingungen kurzfristig anpassen müssen. Dies erschwert die Bedingungen für die immer an langfristigen Zielen ausgerichtete verkehrliche Planung.

6. Interkommunale Zusammenarbeit

- Gründung eines Planungsverbandes mit Nachbargemeinden zur Erarbeitung eines gemeinsamen B-Planes für ein Industriegebiet an der A 14 zur konzentrierten Ansiedlung von Großindustrieprojekten
- Durchführung eines Workshops (August 2002) zum Stand der Regionalplanung und Information zur geplanten Neuaufstellung des Regionalen Entwicklungsplanes für die Region Halle
- inhaltliche Mitwirkung am Projekt Vision Halle-Leipzig 2020 -Erarbeitung erster Vorstellungen für eine zukünftige Zusammenarbeit mit Schwerpunkten wie
- Attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Halle – Leipzig
- flexibler Arbeits- und Sozialraum Halle – Leipzig

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit und Umwelt (GB III)

Aktivitäten unter Federführung des Fachbereiches Umwelt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung:

Fahrradaktionstag

Im April/Mai organisiert der Fachbereich 31 jedes Jahr einen Aktionstag rund um das Fahrrad. Viele Vereine und Verbände sowie Unternehmen beteiligen sich daran und unterstützen diese Veranstaltung. Der Fahrradaktionstag ist ein fester Bestandteil im Umweltkalendarium.

An diesem Tag werden die Interessen aller Fahrradfahrer der Stadt Halle (Saale) konzentriert zum Ausdruck gebracht.

Die Fahrradlobbyisten treten für eine nachhaltige umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Fortbewegungsmöglichkeit ein. Mit dem Fahrrad den Weg zur Arbeit oder den Einkaufsbummel zurückzulegen, entlastet die Luft beispielsweise von Abgasen und Verkehrslärm, hält den Kreislauf fit und schafft geistige Frische. Das Fahrrad fahren macht Spaß und trägt zum Wohlbefinden bei.

Ein gesunder und glücklicher Mensch nimmt aktiv seine Umwelt wahr und versucht Missstände zu beseitigen.

Natürlich müssen für die Nutzung des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels auch die baulichen Voraussetzungen vorhanden sein. Die Fahrradwege der Stadtteile müssen weiter ausgebaut und verbunden werden. Fahrradparkanlagen in der Innenstadt, wie im Verwaltungsgebäude Hansering 15 oder vor dem Einkaufscenter Kaufhof sollten erweitert werden.

Dabei sollte der Impuls solcher Maßnahmen nicht ausschließlich von der Stadtverwaltung kommen, sondern auch von den Unternehmen. Fahrradfahrer sind potenzielle Kunden.

Jeder Geschäftsmann sollte sich dieser Tatsache bewusst werden, denn die Anzahl der Fahrradlobbyisten wächst.

Autofreier Tag oder europaweiter Aktionstag „In die Stadt – ohne mein Auto!“

Der Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale) organisiert seit drei Jahren Aktionen anlässlich des europaweiten Aktionstages „In die Stadt - ohne mein Auto!“. Der Aktionstag ist ein Ergebnis der Europäischen Charta 2001 (Klimakonferenz).

Die Veranstaltungen stehen europaweit unter der Schirmherrschaft der Europäischen Union und in Deutschland wird der Aktionstag u.a. durch das Bundesumweltministerium unterstützt. Die nationale deutsche Koordinierung liegt in den Händen von Klima-Bündnis/Alianza del Clima.

Die Stadt Halle (Saale), als Mitglied des Klima-Bündnisses der europäischen Städte, hat sich durch ihren Beitritt verpflichtet, die Emissionen von Kohlendioxid bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken.

Für die Lösung dieser Aufgabe hat die Stadtverwaltung 1996 eine Studie über die Kohlendioxid-Emissionen in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde von dem Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg GmbH auf der Grundlage der Basisjahre 1994/1995 mit Prognosen für das Jahr 2010 erarbeitet.

In diesem Konzept wurde festgestellt, dass im Verkehrsbereich ein erhebliches Kohlendioxid-Einsparpotential besteht.

Die Fortschreibung der Kohlendioxid-Emission-Bilanz der Stadt Halle (Saale) wurde durch die Energieagentur Sachsen-Anhalt im Februar 2000 vorgenommen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass der Kohlendioxidausstoß vom Jahr 1994 zum Jahr 2000 um 4.327 Tonnen reduziert wurde. Gleichzeitig verdeutlichte die Agentur auch, dass im Verkehrsbereich ein Kohlendioxid-Einsparpotential von zirka 6 Prozent, d. h. 17.000 Tonnen besteht.

Damit die 17.000 Tonnen bis zum Jahr 2010 erreicht werden können, ist eine kontinuierliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit in Bezug auf das Mobilitätsverhalten notwendig.

Aus diesem Grund versucht der Fachbereich Umwelt gemeinsam mit verschiedenen Vereinen und Verbänden, öffentlichen Institutionen sowie Unternehmen (teilAuto e. V., „Mach was!“ e. V., HAVAG, Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung, Landesamt für Umweltschutz – Luftüberwachungssystem, u.s.w.) am 22. September zum Aktionstag über Alternativen zum eigenen Auto aufzuklären.

Oft wird dieser Tag auch missverstanden und im Sinne eines Autoverbots interpretiert. Dass diese Aussage nicht im Interesse der Veranstalter liegt, muss in Zukunft noch deutlicher herausgestellt werden.

Im Jahr 2002 beschränkte sich die Aktion des Fachbereiches Umwelt auf Aufrufe zum Thema „Mobilitätsverhalten“, da der 22. September auf ein Wahlwochenende fiel.

Alle Grundschulen der Stadt Halle (Saale) erhielten ein Schreiben vom Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale), in dem alle Schülerinnen und Schüler aufgefordert wurden, sich an der Kinder-Meilen-Kampagne zu beteiligen. Diese Kampagne ist vom Verkehrsclub Deutschland und dem Klima-Bündnis/Alianza del Clima ins Leben gerufen worden. Die Ergebnisse der Saalestadt sollten Ende August 2002 beim Klimagipfel in Johannesburg und anlässlich des Aktionstages im technischen Rathaus der Stadt Halle (Saale) präsentiert werden. Leider hat sich keine Grundschule an diesem Aufruf beteiligt.

Bürgermarkt zum Umwelttag

Auf der ersten UNO-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm wurde beschlossen, dass **der 5. Juni jedes Jahres dem Schutze der Umwelt gewidmet werden soll (Weltumwelttag)**.

Mitte der 80er Jahre vereinbarten die Teilnehmer auf der Umweltministerkonferenz der Bundesländer, diesen Tag in Deutschland würdig zu begehen.

Seit 1992 organisiert der Fachbereich Umwelt den Aktionstag. Viele Umweltvereine und -verbände und seit 1999 auch Bürgerinitiativen des Gesunden Städte-Projektes Halle (Saale) und das Agenda 21 Büro beteiligen sich mit Informationsständen an der Veranstaltung.

An diesem Tag können sich die Bürgerinnen und Bürger der Saalestadt über aktive Möglichkeiten des „Mitmachens“ informieren.

Dieser Tag schafft eine Atmosphäre des Miteinander, die eine nachhaltige Stadtentwicklung fördert.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld im Agenda 21 Prozess stellt die Arbeit im Kinder- und Jugendbereich dar. Kinder sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Sie sind die heranwachsenden Akteure und die stärksten Kritiker der Erwachsenen.

Sie übernehmen aber auch Handlungs- und Denkweisen von Erwachsenen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Kinder und Jugendlichen für den Umweltschutz zu sensibilisieren, Werte zu vermitteln und Freiräume zum eigenen Handeln zu schaffen.

Folgende Projekte bestätigen diese Aussage:

„Klimaschutz macht Schule“

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein halleisches Gemeinschaftsprojekt des BUND – Kreisgruppe Halle, der Energieversorgung Halle GmbH, dem Staatlichen Schulamt Halle und der Stadt Halle (Saale). Es wurde 1997/1998 gestartet und wird auch in Zukunft fortgesetzt.

Ziel des Projektes ist es, die Lehrer(innen) und Schüler(innen) für das Thema Klimaschutz und Energiesparen zu sensibilisieren und somit Verhaltensänderungen zu erreichen.

Die Schulen sparen Energie und verringern somit den Kohlendioxidausstoß.

Als Anreiz für die Schulen, sich an diesem Projekt zu beteiligen, wurde ein Finanzierungsmodell aufgestellt. Dieses Modell sichert den Schulen 60 Prozent des eingesparten Geldes zu. Dabei müssen 40 Prozent des Geldes für weitere Energiesparmaßnahmen ausgegeben werden und 20 Prozent fließen in das Schulbudget für neue, projektunabhängige Materialien und Geräte.

Im ersten Jahr nahmen 10 Schulen am Projekt teil und sparten 100.861 DM (376.374 Kohlendioxid kg). Im zweiten Jahr beteiligten sich bereits 17 Schulen am Projekt.

Im Projektjahr 2002/2003 welches vom 01.04.2002 bis zum 31.03.2003 festgesetzt wurde, haben sich 15 Schulen zur Energieeinsparung verpflichtet. Das Projekt endet am 31. März 2003 und wird durch das ZGM gegenüber den beteiligten Schulen abgerechnet. Das neue Projektjahr, welches am 01.04.2003 beginnt wird mit den im Vorjahr beteiligten Schulen fortgesetzt. Abstimmungen zwischen den beteiligten Fachbereichen, dem BUND, der EVH und dem EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement zur Organisation und Mitwirkung müssen noch geführt werden. Das Interesse weiterer Schulen am Projekt ist durch die Beteiligten zu wecken.

Klimaschutz durch Energieeinsparung zu unterstützen ist ebenso bei halleischen Kindertagesstätten zum Anliegen gemacht worden. So wurden insbesondere bei Neubau der Kindertageseinrichtungen „Waldhaus“ und im Bau befindlicher KT Käte Dunker Energiespareffekte bei der Projektierung und Bauausführung konsequent berücksichtigt.

Auch bei der Sanierung bestehender Objekte wurde auf sachgerechte Wärmedämmung, entsprechender Einbau von Fenstern und Heizungsanlagen geachtet.

Teilnahme am 2. Kinderkongress

Der Kinderkongress ist eine Möglichkeit, Kinder in die Planung und Entwicklung ihrer Umgebung aktiv einzubeziehen. Die Wünsche und Ideen der Kinder werden ernst genommen und Teilprojekte werden versucht, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die teilnehmenden Kinder brachten zum Ausdruck, dass Verunreinigungen in der Natur oder besprühte Wände das Stadtbild verschlechtern. Sie versuchten Lösungen zu finden, wie dieses negative Erscheinungsbild verschwinden kann.

Folgende phantasievolle Ideen wurden vorgeschlagen: eine Hauswandfarbe auf der man keine Farbe aufsprühen kann, eine zurückschlagende Wand, ein Müllstaubsauger oder ein Roboter.

Den Kindern wurde aber auch bewusst, dass sie durch ihr eigenes Handeln Einfluss auf ihre Umwelt nehmen können.

Als Ergebnis des ersten Kinderkongresses wurde das Kinderbüro eingerichtet, als zentraler Anlaufpunkt für alle Belange der Kinder in der Stadt Halle (Saale).
Der Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale) unterstützt diese Aktivitäten.

Mitarbeit im Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale)

Der Fachbereich Umwelt arbeitet im Arbeitskreis „Stadtteilbezogene Gesundheitsförderung“ aktiv mit.

In diesem Arbeitskreis erfolgt eine gezielte Kommunikation zwischen Bürgerinitiativen, Bürgervereinen und anderen Einrichtungen und der Stadtverwaltung. Ziel dabei ist es, Ämter, Institutionen und Bürger zusammenzuführen, um anstehende Probleme in den Stadtteilen zu erörtern und nach Lösungen zu suchen. In diesem Arbeitskreis werden aber auch Planungsvorschläge und Zukunftskonzepte vorgestellt.

Es werden bauliche und umweltrelevante Vorhaben von den zuständigen Fachbereichen erläutert und über Finanzierungsmöglichkeiten informiert.

Ein Thema des Fachbereiches Umwelt war beispielsweise „Lärmschutz in der Stadt Halle (Saale)“. Dazu erfolgte ein Vortrag über die Schallimmissionspläne, eine Vorstellung der Lärmschutzmaßnahmen in der Stadt Halle (Saale) und die konkrete Aufzählung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet.

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit (GB V)

Aktivitäten unter Federführung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Beispielgebend für die nachhaltige gesundheitspolitische Planung stellen die 2002 verabschiedeten **Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)** dar

Dort heißt es: „Die Stadt Halle (Saale) gestaltet die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

- Für jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, steht ein Platz in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung.
- Es existieren verschiedene Netzwerke zur Absicherung der Rahmenbedingungen für Familien, die weiter ausgebaut werden.
- Eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden unterschiedlicher Wertorientierungen verbunden mit einer entsprechenden Vielfalt an Inhalten, Methoden und Arbeitsformen unterstützt, koordiniert durch die Stadt, die Kinder, Jugendlichen und Familien
- Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe wurden aufgebaut.

Strategie der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Halle (Saale) muss es auch künftig sein, bedarfsgerechte Leistungen und Angebote vorzuhalten und höhere Wirkungsgrade zu erreichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist eine Vernetzung und Kooperation der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche (z.B. Schule, Sport, Kultur, Jugendhilfe, Umwelt, Gesundheit, Wohnen und Arbeit) unerlässlich. Dabei ist die Einbeziehung und Mitwirkung der vor Ort Agierenden unabdingbar. (...)

Prävention, Dezentralisierung, Regionalisierung, Alltagsorientierung, Integration, Partizipation und Lebensweltorientierung sind als unabweisbare Prinzipien gelingender Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, die sich am ehesten konkret, sicht- und somit bewertbar im jeweiligen Sozialraum umsetzen lassen. Der **Sozialraumorientierung und –aktivierung** kommt daher zukünftig eine entscheidende Rolle zu.“ (Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale) 2002, Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit).

Kinderfreundlichkeit ist ein besonders aussagefähiger Faktor und Maßstab für die Lebensqualität und Zukunftsorientierung einer Kommune. Er kann zum entscheidenden Aspekt werden, ob junge Eltern in der Stadt Halle (Saale) bleiben bzw. sich ansiedeln wollen. Kinderfreundlichkeit und die damit verbundene **Kinderfreundlichkeitsprüfung** ist eine Selbstverpflichtung der gesamten Stadtverwaltung und als Prüfverfahren für alle verbindlich. Sie stellt ein wichtiges Instrument zukunftsorientierter kommunaler Planung und Politik dar.

Das seit Ende 2001 bestehende **Kinderbüro** ist nicht nur Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche, sondern für Eltern, Pädagogen und Bürger, die sich für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen.

Anlässlich des 2. **Kinderkongresses** im November 2002 hat sich, im Rahmen der Partizipation von Kindern- und Jugendlichen, ein **Kinderrat** in der Stadt gebildet.

Beteiligungsprojekte für Kinder wie „Kinderstadt Halle an Saale“, „Zuhause im Südpark“ und „Silberhöhe – Die Waldstadt“ zeugen von gelebter Teilhabe von Kindern an der Stadtentwicklung.

Das Projekt „Waldstadt“ wurde vom Deutschen Kinderhilfswerk im September 2002 mit einem dritten Preis im Rahmen des Bundeswettbewerbes „Stadtumbau Ost“ ausgezeichnet.

Kinder und Jugendlichen haben in der Stadt Halle (Saale) die Möglichkeit sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.

Netzwerk gegen Drogen

Der Stadtrat hat im April 1998 beschlossen eine Initiative „Netzwerk gegen Drogen“ ins Leben zu rufen, damit eine von Fachleuten aus dem Präventions-, Suchtkrankenhilfe- und Repressionsbereich getragene, abgestimmte städtische Drogenpolitik greift. Das Netzwerk erfasst die Problembereiche der legalen und illegalen Drogen, der Schwerpunkt liegt jedoch bei illegalen Drogen. Die daraus resultierenden Handlungsfelder erstrecken sich von der Prävention über die Suchtkrankenhilfe bis zur Kriminalitätsbekämpfung.

Mit diesem Netzwerk verfügt die Stadt über ein effektives System der Ressourcenbündelung zur Entwicklung eines Qualitätssicherungskonzeptes im Suchtkrankenhilfesystem. Die Eigenständigkeit der beteiligten Träger ist dabei gewährleistet.

Die wichtigste Struktureinheit im Organisationssystem ist der **Koordinierungskreis**. Als primäre Zielstellungen werden die Entwicklung von Präventionsangeboten um einer Suchtentwicklung vorzubeugen, die Optimierung der Leistungsangebote für Betroffene und dabei die effiziente Koordination der beteiligten Anbieter, umgesetzt. Jährliche Aufgabenstellungen unterstreichen den prozesshaften Charakter dieses Netzwerkes.

Im Jahr 2002 wurde u.a. an folgenden Aufgabenstellungen gearbeitet (Auswahl):

- Vereinbarung zwischen dem staatlichen Schulamt und der Stadt zur Unterstützung bei der Umsetzung des Präventionskonzeptes an Schulen
- Kooperationsvereinbarung Drogenhilfe, Clearingstelle, Arbeitsamt und andere im Bereich „Arbeiten“
- Erweiterung von Möglichkeiten der stationären Akutentgiftung
- Sucht/Drogenberatung und Gesundheitsprophylaxe bei Migranten

Das Netzwerk ist damit nicht nur Arbeitsinstrument zur Suchthilfeplanung an sich, sondern die Grundlage einer nachhaltigen Drogenpolitik der Stadt.

Das Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) im Agendaprozess

1991 beschloss die damalige Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle (Saale) den Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland.

Im Juni 1992 wurde Halle (Saale) Netzwerkmitglied. 1997 und 2001 wurde die Mitgliedschaft für jeweils weitere vier Jahre erfolgreich bestätigt. Die Berichterstattung über die Arbeit im Projekt erfolgt an den Stadtrat. Schirmfrau des Projektes ist Bürgermeisterin Dagmar Szabados.

Die Stadt Halle (Saale) ist bisher die einzige Stadt in Sachsen-Anhalt die Mitglied im nationalen Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ist.

Mit über 70 Partnern aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Ämtern wird in sieben thematischen Arbeitskreisen konstruktiv, kontinuierlich und zum Teil langjährig zusammengearbeitet.

Die Arbeitskreise des Gesunde Städte-Projektes Halle (Saale) haben wesentliche Vernetzungs- und Planungsaufgaben. Ebenso wird Projektarbeit über die Arbeitskreise geleistet.

Steuergremium für das Gesamtprojekt ist der von Mitgliedern aus allen Arbeitskreisen und Schlüsselpersonen paritätisch besetzte **Geschäftsführende Initiativkreis** (GIK). Gewählte Sprecherin des Geschäftsführenden Initiativkreises ist derzeit Stadträtin Barbara Scheller.

Die thematischen Arbeitskreise arbeiten lebenswelt-, zielgruppen- und themenorientiert:

- „Bürger für Halle“ - stadtteilbezogene Gesundheitsförderung
- Betriebliche Gesundheitsförderung
- Gesundheitsförderung in der Schule
- Initiativkreis Frauen und Gesundheit
- Koordinierungskreis AIDS-Prävention Halle und Saalkreis
- Sport und Gesundheit
- Stadt als Lebensraum für Kinder und Jugendliche

Aufbau einer integrierten kommunalen Sozial-, Gesundheits- und Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung

In der Beschlusslage zur Sozialberichterstattung - Beschluss Stadtrat am 27.09.2000, Vorlage Nr. III/2000/00852, heißt es: „Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung und inhaltliche Weiterentwicklung des Sozialatlases im Rahmen der Sozialberichterstattung“.

Im Begründungstext wurde auf eine mögliche Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema „Problemorientierte regionale Sozialberichterstattung für Ostdeutschland,“ hingewiesen.

Der Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit hat an einer Konzeptstudie des Zentrums für Sozialforschung Halle an der MLU zum Antrag mitgewirkt, damit sichergestellt ist, dass in der Ausschreibung des Forschungsprojektes die kommunalen Problemlagen adäquat Berücksichtigung finden.

Das BMBF hat 13 Projekte „regionale Berichtssysteme nachhaltiger Entwicklung (RBS 1-13) mit einer Laufzeit von drei Jahren ausgeschrieben.

Die Stadt Halle ist Praxispartner in **zwei Projekten über den Zeitraum 2002-2005.**

RBS 08 - „Gesundheit“ als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf Institut für Medizin-Soziologie. In diesem Projekt arbeiten im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerkes der Bundesrepublik Deutschland weitere acht Ostdeutsche Städte, sogenannte Verbundstädte mit (Berlin Lichtenberg, Berlin Marzahn-Hellersdorf, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Greifswald, Halle (Saale), Rostock und Stralsund).

Im Rahmen der Forschungsarbeit sollen in Kooperation mit diesen Städten gesundheitsbezogene Problemlagen in den Politikbereichen Gesundheit, Umwelt und Soziales identifiziert und gesundheitsfördernde Maßnahmen geplant werden, deren Ziel die Unterstützung einer gesunden und nachhaltigen Stadtentwicklung ist.

RBS 09 – „Aufbau eines ämterübergreifenden Informationssystems und einer integrierten regionalen Umwelt- und Sozialberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung“. Hierbei besteht die wissenschaftliche Kooperation mit dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (UFZ). Die beteiligten Kommunen sind Halle und Leipzig.

Die Zielstellung ist die Entwicklung eines **Nachhaltigkeitsindikatorensystems**, welches kommunale Entwicklungsprobleme wie:

- anhaltender Bevölkerungsrückgang / demografischer Wandel
- Städtumbau / Wohnungsleerstand / Veränderung der Infrastruktur
- Hohe Arbeitslosigkeit / fehlende Arbeitsplätze
- Umwelt / Sauberkeit
- Gesundheitsrelevante Problemlagen

abbildet und politische Handlungsziele aufzeigt.

Für den Prozess der Projektumsetzung in der Stadt Halle (Saale) bedeutet dies:

- es wird eine geschäftsbereichsübergreifende Arbeitsgruppe, in der an beiden Projekten gearbeitet wird, geben
 - es wird mindestens ein gemeinsamer Workshop mit dem Umweltforschungszentrum Leipzig und dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf im Projektverlauf durchgeführt
- Diese Vorgehensweise wurde zwischen beiden Projektpartnern und der Stadt Halle (Saale) abgestimmt.

Im **Ergebnis** soll durch den Aufbau einer integrierten kommunalen Sozial-, Gesundheits- und Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, eine nachhaltige Stadtentwicklung transparent gemacht werden. Ein zu entwickelndes Nachhaltigkeitsindikatorensystem soll Faktoren für Zukunftsbeständigkeit herausarbeiten und dadurch Stadtpolitik als lokalen Agenda 21-Prozess kontrollierbar machen.

Kompetenzzentrum im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Die Stadt Halle (Saale) wurde, auf der Mitgliederversammlung des Netzwerkes im Juni 2002 in Hamburg, zum **Kompetenzzentrum „Stadtteilbezogene, Bürgerorientierte, Stadtentwicklung“** im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

In der Begründung heißt es:

„Die Stadt Halle (Saale) ist als ostdeutsche Großstadt durch erhebliche soziale und wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet. (...) Eine wissenschaftliche Analyse wurde mittels Erhebungen in allen Stadtteilen möglich und mündete in einen Stadtratsbeschluss „Stadtentwicklungskonzeption Wohnen – Phase 1“ vom 20.6.2001 als Grundsatzbeschluss für die weitere Stadtentwicklung. Gleichzeitig wurden Neuordnungskonzepte für Stadtteile (Großwohnsiedlungen) beschlossen. Das war die Voraussetzung für die Aufnahme in besondere Förderprogramme“.

Die besonderen Erfahrungen der Stadt Halle (Saale) beim Prozess des Stadtumbaus werden interessierten Mitgliedskommunen des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland zum einen zu Verfügung gestellt, zum anderen wird ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Partnern, die über gleiche oder ähnliche Problemlagen verfügen, organisiert. Eine erste bundesweite Einladung erfolgt im September 2003 nach Halle. Es wird u.a. in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und –planung der Stadtverwaltung und der Friedrich-Ebert Stiftung eine **Tagung zum Thema „bürgerorientierte Stadtentwicklung“** stattfinden.

Gesundheitszieleprozess für (H)alle

Im November 2002 fand die **Auftaktveranstaltung Gesundheitsziele für (H)alle** im Stadthaus statt. Diese Initiative im Rahmen des Gesunde Städte-Projektes Halle (Saale) wurde in bewährter Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. durchgeführt.

Ausgangspunkt der Veranstaltungsreihe ist die Landesinitiative „Vorsorgen“ des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt und das Anliegen der beiden Veranstalter, den Gesundheitszieleprozess in die Stadt bzw. die Region Halle zu tragen.

Für die Auftaktveranstaltung wurde nach Diskussion und Entscheidung im Geschäftsführenden Initiativkreis als **erstes Gesundheitsziel das Thema „Erhöhung des Durchimpfungsgrades bei Kindern und Jugendlichen“** in der Stadt Halle (Saale) gewählt. Nach Fachvorträgen über die Landesgesundheitsziele, die Arbeit des Landesarbeitskreises „Impfen“ und den Impfstatus bei Kindern in der Stadt, diskutierten Schlüsselpersonen über die aktuelle Problemsituation und suchten gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten. Erkennbar war, trotz der unterschiedlichen Aufgaben- und Interessenlagen, das gemeinsame Bemühen, den Durchimpfungsgrad der halleschen Kinder und Jugendlichen verbessern zu wollen.

Diskutiert wurde beispielsweise die Nutzung der unterschiedlichen Zugänge der Partner für mehr Öffentlichkeitsarbeit und die bessere Ansprache von Zielgruppen über Kindertageseinrichtungen, Schulen, Arztpraxen und Apotheken.

Im Ergebnis der Veranstaltung wurde beschlossen miteinander im Gespräch zu bleiben und als ersten Schritt gemeinsam die **1. Impfwache im Mai 2003** vorzubereiten.

Der Gesundheitszieleprozess wird ab dem Jahr 2002 jeweils mit einem Jahresthema fortgesetzt. Über das nächste Gesundheitsziel wird derzeit im Geschäftsführenden Initiativkreis beraten.

Arbeitskreis „Bürger für Halle“ - stadtteilbezogene Gesundheitsförderung - eine Möglichkeit bürgerschaftlichen Engagements

„Eine der Grundvoraussetzungen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung.“ (Kapitel 23 der Agenda 21)

Der Arbeitskreis versteht sich als eine Kommunikationsplattform dazu. Als ein Beratungsgremium der Bürgerinitiativen, Bürgervereine und anderer Einrichtungen, die eine gesunde Entwicklung von Stadtteilen und in Quartieren nicht nur fordern, sondern durch aktive Bürgerbeteiligung fördern. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe verfolgen das Ziel, eine stadtteilbezogene Arbeit als Grundlage für eine gesamtstädtische Gesundheitsförderung zu entwickeln.

Durch den Arbeitskreis wird die Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten angestrebt. Dabei wirkt er als „Brückeninstanz“ zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politikern und der Verwaltung.

Das Ziel dabei ist Ämter, Institutionen und Bürger zusammenzuführen, um anstehende Probleme der einzelnen Stadtteile zu erörtern und Lösungsansätze zu suchen. Im Jahr 2002 wurde zu öffentlichen Beratungen ins Stadthaus und in die Planerwerkstatt – Denkfabrik eingeladen.

Um eine gesunde Stadt zu schaffen, ist die Vernetzung aller Vereine, Institutionen, Ämter und das Engagement der Bürger der Schlüssel zur erfolgreichen Entwicklung der einzelnen Stadtteile.

Handreichung für Bürgerinitiativen

In Kooperation mit dem Agenda Büro Halle, Bürgerinitiativen und Fachbereichen der Stadtverwaltung wurde eine **Handreichung für Bürgerinitiativen** in der Stadt Halle (Saale) erarbeitet und herausgegeben. Die Broschüre informiert über die Arbeit von Bürgerinitiativen und Bürgervereinen in Halle. Mit der Broschüre sollen noch mehr Hallenserinnen und Hallenser ermutigt werden, sich in bestehende Initiativen einzubringen oder auch neue zu begründen. Dazu werden erste wichtige rechtliche Grundlagen sowie Tipps und Erfahrungen vermittelt.

Wegen der geringen Auflage aus Kostengründen ist eine Veröffentlichung im Internet vorgesehen.

„Fit und stark fürs Leben“

Für das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland wurden verbindliche Mindeststandards zur Mitarbeit von Kommunen im nationalen Netzwerk, in einem sogenannten „Neun-Punkte- Programm“ formuliert. Dort heißt es in Punkt 4:

"Gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden sollen bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden".

Besonders kontinuierlich und erfolgreich arbeitet auf dieser Basis der Arbeitskreis "Gesundheitsförderung in der Schule" unter Leitung der Sekundarschule "Heinrich Heine", an der Zielstellung **Schule als gesunden Lebensraum**, zu gestalten. Als Knotenpunkt-Schule ist sie Motor dieser Bildungsoffensive.

Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeit kommen nicht nur den Kindern der Schule und dem Schulumfeld zugute, sondern fließen darüber hinaus in Lehrerweiterbildungen ein.

Im Oktober 2002 fand in Zusammenarbeit mit der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. eine Werkstatttagung zum Programm „Fit und stark fürs Leben“ statt. Mit Begeisterung informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das Trainingsprogramm zur Persönlichkeitsförderung.

Die Fortsetzung der Projektarbeit ist nach erfolgter Schulfusionierung 2002/03 vorgesehen.

Sport und Gesundheit - Präventionssport

Die Verbesserung der persönlichen Kompetenzen der Bürger im Umgang mit Gesundheit, Krankheit und Behinderung ist ein Ziel der Gesunde Städte-Bewegung.

Seit dem Anfang 2002 gibt der Arbeitskreise Sport und Gesundheit gemeinsam mit dem Stadtsportbund Halle und Krankenkassen der Stadt ein **„Kursheft Präventionssportangebote“** heraus.

Erstmalig sind geprüfte Angebote mit Qualitätssiegel des Deutschen Sportbundes bzw. geprüfter Anbieterqualifikation für Nutzerinnen und Nutzer ersichtlich gekennzeichnet.

Ziel dieses Projektes ist die Bündelung qualifizierter Angebote für die Stadt Halle, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der erweiterten Zugänglichkeit und Nutzung von Präventionsangeboten für Bürgerinnen und Bürger.

Die Sportmöglichkeiten stehen allen Interessenten unabhängig von Ihrer Krankenkassenzugehörigkeit offen.

In Vorbereitung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen wurde die Publikation 2002 dauerhaft um Angebote „Sport in der Sekundär- und Tertiärprävention“ erweitert. Das Kursheft wird regelmäßig halbjährlich aktualisiert herausgegeben.

Frauengesundheitstage in Stadt Halle (Saale)

Seit 1997 werden jährlich im Herbst Frauengesundheitstage durchgeführt. Sie werden vom Initiativkreis Frauen und Gesundheit organisiert und von zahlreichen Vereinen und Partnern unterstützt.

Zielstellung dieser Veranstaltungsform ist zum einen, die öffentliche Bekanntgabe frauenspezifischer Angebote auf dem Gebiet der Förderung der Gesundheit zu unterstützen und zum anderen ein breiteres Nachdenken über Belange von Frauen u.a. im Gesundheitsbereich, in Gang zu setzen. Dabei wird das Engagement und die Zusammenarbeit von Fachleuten, Einwohnerrinnen und Einwohnern der Stadt, Verbänden und Vereinen gefördert.

Die Angebote der Frauengesundheitstage beinhalten eine Vielzahl an, Kursangeboten, Vorträgen, Gesprächs- Diskussionsrunden, Freizeitmöglichkeiten wie sportlichen Aktivitäten u.a.m. für alle Altersgruppen.

In diesem Jahr wurde im Oktober 2002 als Auftakt der 5. Frauengesundheitstage ein Abend im Kino LUX unter dem Motto „Sex mit Lust und ohne Grenzen?“ durchgeführt.

Die Diskussion galt diesem aktuellem Thema, bei dem wir unter anderem durch den bekannten Sexualexperten Herrn Professor Dr. Kurt Starke und weitere interessante Gäste im Rahmen einer Podiumsdiskussion unterstützt wurden.

Zu den Gästen der Veranstaltung zählten u.a. die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses.

Ebenso war der Koordinierungskreis AIDS-Prävention Halle und Saalkreis des Gesunde Städte-Projektes beteiligt. Informationen und vor Ort Gespräche zu den Themen Liebe, Partnerschaft, Sexualität, Familienplanung, Verhütung, sexuellen Missbrauch, HIV und AIDS und sexuell übertragbare Krankheiten wurden von Mitarbeiterinnen aus sechs Institutionen angeboten.

Projekt kommunale AIDS-Prävention

2000-2002 arbeitete der Koordinierungskreis AIDS-Prävention Halle und Saalkreis an dem Projekt kommunale AIDS-Prävention in Schulen der Stadt Halle (Saale) und des die Stadt umgebenden Saalkreises.

In beiden Regionen wurden Schulen in sozialen Brennpunkten (Großsiedlungen bzw. Neubaugebiete, hoher Anteil ausländischer Bürger an der Bevölkerung, überdurchschnittlich hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern) ausgewählt.

Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 - 10 wurden über einen Projektzeitraum von zwei Jahren präventiv begleitet.

AIDS-Prävention wurde dabei im Kontext mit Sexualerziehung in thematischen Einheiten für Schülerinnen und Schüler angeboten. Gleichzeitig wurde mit Lehrerinnen und Lehrern gezielt in Blockseminaren zur Methodenschulung gearbeitet. Die wissenschaftliche Auswertung wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist für das 2. Quartal 2003 vorgesehen.

Der vorliegende Bericht weist auf wichtige Aktivitäten aus der Stadt Halle (Saale), dem Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) und dem Agenda 21 Büro Halle hin, die querschnittartig für die Vielfalt der Projekte, Aktivitäten und Bemühungen in Halle auf dem Weg einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Stadtentwicklung stehen. Es handelt sich bei den vorliegenden Beispielen um eine Auswahl, die daher nicht vollständig sein kann.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Anlagen: